Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 38 (1959)
Heft: 9-10

Artikel: Zum Programmentwurf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Autor: Eichler, Willi / Brandt, Willy
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337131

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

WILLI EICHLER / WILLY BRANDT

Zum Programmentwurf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

I.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat am 3. September den Entwurf eines Grundsatzprogramms verabschiedet, den er als Antrag des Parteivorstandes dem Godesberger Parteitag im November dieses Jahres vorlegen wird. Die Diskussion über den ersten Entwurf, der dem Stuttgarter Parteitag (1958) vorlag, ist sehr fruchtbar gewesen; sie hat deutlich gemacht, daß das Interesse an Grundsatzfragen der sozialistischen Bewegung lebendig ist, und sie scheint mir – was immer sie sonst gezeigt haben mag – zwingend zu erweisen, daß die SPD ein neues Programm braucht. Sie vereinigt Menschen, deren sozialistische Überzeugung verschiedenen Quellen entspringt. Die Selbstverständigung über ein Programm muß die Aufgabe lösen, einen gemeinsamen politischen und moralischen Nenner dieser verschiedenen Überzeugungen zu finden, damit sie zu einer einheitlichen politischen Gestaltungskraft werden.

An der Beratung über den ersten Entwurf waren Männer und Frauen aus den verschiedenen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Lebens beteiligt. Durch ihre Beiträge sind die Einzelforderungen ausführlich dargestellt und eingehend begründet worden, um für sie Verständnis zu erwecken. Die Ausführlichkeit des ersten Entwurfes wurde vielfach kritisiert. Im ganzen gesehen aber hat wohl diese Ausführlichkeit die Diskussion angeregt und zu präziseren Stellungnahmen und Formulierungen geführt.

Der neue Entwurf wurde vorbereitet durch eine vom Parteivorstand eingesetzte kleine Redaktionskommission. Das Präsidium und der Vorstand der Partei haben den Entwurf dieser Kommission gründlich durchgearbeitet und schließlich abgeschlossen. Er nimmt nur einen Drittel des ersten ein. Die diesem vorangehende Zeitanalyse ist fortgefallen. Auch auf Begründungen der programmatischen Vorstellungen wurde weitgehend verzichtet. Damit wird das Programmatische selbst stärker sichtbar, die einzelnen Teile besser gegliedert und miteinander verbunden und Stil und Sprache vom Fachdenken gelöst; sie wurden einheitlicher, gestrafft und vereinfacht.

*

Der Sache nach hält sich der zweite Entwurf im wesentlichen an die Forderungen des ersten. Der demokratische Sozialismus sieht Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als die seine Politik tragenden *Grundwerte* an. Die Mit-

tel zu ihrer Verwirklichung sind gezeigt in den *Grundforderungen* an eine menschenwürdige Gesellschaft. Hier stechen hervor die Ablehnung jeder Diktatur und jeder autoritären Regierung. Das klare und rückhaltlose Bekenntnis zur Demokratie schließt die realistische Erkenntnis ein, daß die Demokratie ständig von Mächten bedroht ist, die den demokratischen Staat zur Beute ihrer Sonderinteressen machen wollen. Öffentliche Kontrolle jeder Macht und Beseitigung aller äußeren Hemmnisse im Zugang zur Bildung und zur Erziehung sollen eine demokratische Lebenshaltung der Staatsbürger und damit die Demokratie selber sichern.

Die *Wirtschaft* darf nicht sich selber überlassen bleiben. Kein moderner Staat verschließt sich dieser Erkenntnis. «Es ist nicht die Frage, ob in der Wirtschaft Disposition und Planung zweckmäßig sind, sondern *wer* diese Disposition trifft und *zu wessen Gunsten.*» Am meisten wird diskutiert – und mit Recht – der Abschnitt des Programms, der sich mit der wirtschaftlichen und politischen Macht der führenden Männer der Großwirtschaft befaßt. Die Meinungsverschiedenheiten betreffen die *Mittel,* die die wirtschaftlichen Machtgebilde unter öffentliche Kontrolle bringen sollen. Lange Zeit glaubten Sozialisten, dies nur durch eine Überführung dieser Wirtschaftsgebilde in Gemeineigentum erreichen zu können. Der Programmentwurf sieht das nicht vor. Er fordert eine Kontrolle der *Verfügungsgewalt* über die Unternehmen der Großwirtschaft durch Kartellkontrolle, Investitionskontrolle, Wettbewerb durch öffentliche Unternehmen, Unternehmen der freien Gemeinwirtschaft und eine weitgehende Publizität. Die Form des Gemeineigentums bleibt «zweckmäßig und notwendig», wo «mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann».

Vor allem aber muß durch die *Mitbestimmung* der Arbeitnehmer aus einem Wirtschaftsuntertan zu einem Wirtschaftsbürger werden.

Ein weiterer viel erörterter Teil des Entwurfes ist der Abschnitt über das Verhältnis der Sozialisten zu den Kirchen. Der alte Grundsatz «Erklärung der Religion zur Privatsache» war immer mißverständlich und trifft heute auch sachlich nicht mehr zu. In dem vorliegenden Entwurf heißt es jetzt: «Die Sozialdemokratische Partei achtet die kirchlichen Institutionen und die Religionsgemeinschaften. Sie bejaht ihren öffentlich-rechtlichen Schutz, ihren besonderen Auftrag und ihre Eigenständigkeit. Zur Zusammenarbeit mit den Kirchen im Sinne einer freien Partnerschaft ist sie stets bereit.»

*

Der neue Entwurf steht im Einklang mit den großen Traditionen der sozialistischen Bewegung, die in ihrer hundertjährigen Geschichte mit zeitgerechten Mitteln stets für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit gekämpft hat. *Willi Eichler,* Mitglied des Parteivorstandes der SPD

II.

Nach einer Kette von Entwürfen, Hunderten von Anträgen und einem guten Dutzend Kommissionssitzungen konnte es zu einem Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD kommen, der auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg behandelt werden wird. Dieser etwas mühselige und dem Außenstehenden vielleicht verwunderliche Weg zeugt von dem Ernst, den man der Sache gewidmet hat, und gibt vielleicht auch denen recht, die von vornherein mit einer großen Skepsis dem Versuch gegenüberstehen, haltbare Grundsätze für eine politische Partei in dieser sich wandelnden Welt formulieren zu wollen.

Ich erinnere mich einiger Gespräche mit Kurt Schumacher, der, als zu seinen Lebzeiten die Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm der Partei begann, von den gleichen Bedenken erfüllt war, in diesem geteilten Lande und angesichts der uns umgebenden weltpolitischen und technisch-wissenschaftlichen Wandlungsprozesse die Grundsätze des demokratischen Sozialismus neu fixieren zu wollen.

Aus der gleichen Zurückhaltung war ja auch der vom Landesparteitag der Berliner Sozialdemokratie gefaßte Beschluß, auf eine Vertagung von Bad Godesberg hinzuwirken, zu verstehen. Die große Mehrheit der Partei hat sich, soweit man es übersehen kann, diesen Bedenken nicht angeschlossen. Es wird mit sehr großer Wahrscheinlichkeit in Bad Godesberg zu einer Beschlußfassung über das Grundsatzprogramm kommen.

Wir Berliner Sozialdemokraten sollten uns an der Diskussion und dieser Beschlußfassung aktiv beteiligen. Auch der Skeptiker sollte seinen Beitrag dazu leisten, daß, wenn Grundsätze für unsere Arbeit formuliert werden, sie klar und nüchtern und unmißverständlich zum Ausdruck kommen. Als einer, der an der Vorbereitung des vorliegenden Entwurfes im Parteivorstand beteiligt war, darf ich heute zum Inhalt des Programms folgendes sagen:

Gegenüber dem Vorschlag, der dem Stuttgarter Parteitag vorgelegen hat, ist der neue Entwurf wesentlich gestrafft und von jenen Einzelfragen befreit, die nicht in ein Grundsatzprogramm, sondern in das Aktionsprogramm gehören. Der Aufbau ist klar und vernünftig gegliedert. Er hält sich frei von Utopien und grenzt die Grundwerte, von denen er ausgeht, deutlich ab von den letzten Bindungen des Gewissens des einzelnen, die ihm seine Religion oder Weltanschauung bieten können.

Sicher wird es zu einigen Hauptfragen noch erhebliche Diskussionen geben. Das Kapitel über die Wirtschaftsordnung ist entscheidend an dem Gedanken der Kontrolle wirtschaftlicher Macht orientiert und kennt die Überführung von Privat- in Gemeineigentum keineswegs mehr als Allheilmittel für die Krankheiten unserer Gesellschaft.

Ebenso wird bei dem Kapitel über die Sozialordnung die Diskussion über die schmale Grenze zwischen sozialem Rechtsstaat und Versorgungsstaat noch einmal aufleben.

Zum Problem der Landesverteidigung bringt der Entwurf eine wesentliche Klärung. In der Auseinandersetzung mit der totalitären Bedrohung und anderen freiheitsgefährdenden Mächten ist die Aussage unmißverständlich.

Im ganzen zeigt das Programm die Züge eines modernen, fortschrittlichen demokratischen Sozialismus, der seine eigene Geschichte gewiß nicht verleugnet, aber aus den bitteren Erfahrungen und auch den Irrtümern der letzten Jahrzehnte gelernt hat. Darum kann er auch der Grundriß für die Ordnung sein, die wir uns für ein wiedervereinigtes Deutschland vorstellen.

Diese Ordnung muß frei sein von den Schrecken des menschenverachtenden Totalitarismus. Sie kann aber auch nicht geschaffen werden mit jenen Kräften, die mit ihren Vorstellungen noch immer tief im 19. Jahrhundert leben. *Willy Brandt,* Regierender Bürgermeister von Berlin

---

«Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden — nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei der Freiheit des Geistes. Sie ist eine Gemeinschaft von Menschen verschiedener Glaubens- und Denkrichtungen aus der Gemeinsamkeit ihrer sittlichen Grundwerte und politischen Ziele. Sie erstrebt eine Lebensordnung im Geiste dieser Grundwerte. Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe — Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.»

(Aus dem Programmentwurf der Sozialdemokratischen Partei Deutschland)